Leitartikel

Politisch am Leben erhalten

Die Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) hat es auch nach sieben Jahren nicht geschafft, betriebswirtschaftlich ausgeglichen zu bilanzieren. Ein Betriebszuschuss von 2,1 Millionen Euro verschleiert auch das politische Versagen.

Von Peter Nindler

Der seinerzeitige Gründungsgedanke für die Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) war ein nachvollziehbarer: Die Auslagerung der Flüchtlingsagenden aus der Landesverwaltung argumentierte die Landesregierung 2014 damit, dass die Betreuung von Asylwerbern dadurch flexibler wird. Zum einem personell, andererseits in der Unterbringung der Flüchtlinge selbst und darüber hinaus noch finanziell. Sieben Jahre später muss diese schwarz-grüne politische Absicht als gescheitert bezeichnet werden. Die TSD sind nämlich alles andere als operativ wendig, sondern vielmehr schwerfällig. Und strukturell leidet die Flüchtlingsgesellschaft an einem permanenten Personalwechsel auf allen Ebenen. Von der angestrebten Kontinuität kann keine Rede sein.

Die TSD haben die Flüchtlingskrise 2015/2016 mit der Versorgung von zeitweise mehr als 6000 Asylwerbern in Tirol als humanitäre Feuerwehr sicher gut gemeistert. Allerdings erfolgte danach keine Konsolidierung. Im Gegenteil: Teils chaotisch, auf der Geschäftsführerebene abgehoben, ohne mittelfristige Personalplanung sowie finanziell bzw. betriebswirtschaftlich überfordert standen die TSD eigentlich vor dem Kollaps. Sie wurden trotzdem künstlich am Leben erhalten, schließlich wollte sich Schwarz-Grün das Scheitern partout nicht eingestehen. Obwohl die um sechs Millionen Euro überhastet angekauften Traglufthallen mehr als nur eine politische Fehlinvestition waren. Und jetzt?

Eine ausgeglichene Bilanz für das Vorjahr klingt selbstverständlich wie Musik in den Ohren des Steuerzahlers. Doch darin stecken in Wahrheit rund 2,1 Millionen Euro des Landes für 500 vorgehaltene Plätze, die gar nicht benötigt wurden. Dieser Betriebszuschuss pro tatsächlich bereitgehaltenem und nicht belegtem Platz beträgt 11,5 Euro pro Tag. Heuer wird es nicht viel anders sein. Die Geschichte mit den Traglufthallen wiederholt sich auf eine andere Art und Weise. Warum die TSD nicht in der Lage sind, im Notfall mit Unterstützung des Landes rasch 500 Unterkünfte bereitzustellen, ist schleierhaft und widerspricht der ursprünglichen Ausgliederungsidee.

Mit den „Reserve-Unterkünften“ wird lediglich die Abgangsfinanzierung verschleiert und die Bilanz der Flüchtlingsgesellschaft beschönigt. Egal, welches Mascherl dafür verwendet wird. Das Land als 100-Prozent-Eigentümer der TSD schießt jährlich 2,1 Millionen Euro zu und bremst damit notwendige Reformen in den TSD. Auf Dauer wohl keine Lösung, außer man lebt nach der Devise: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.

Lesen Sie dazu mehr auf *Seite 6*

peter.nindler@tt.com

Gastkommentar

Osteuropa tickt anders

Von Hubert Oeggl

Bei ihrem EU-Beitritt 2004 hatten sich die osteuropäischen Staaten verpflichtet, den „Besitzstand der EU“ zu übernehmen. Dass dieser Pluralismus und Freiheit verbindlich vorschreibt, wird von manchen ignoriert. So haben Polen und Ungarn auffällige Probleme mit gelebter Demokratie. Warschau provoziert mit seiner Rechtsstaatlichkeit, Budapest verabschiedete Gesetze, die tiefe Einschränkungen zum Thema Sexualität mit sich bringen. Beide scheinen geradezu darauf zu warten, bis die westlichen EU-Mitglieder empört aufschreien, um sich dann dem eigenen Volk als Widerstandskämpfer gegen die EU zu beweisen.

Es gibt auch eine zweite Seite: Die westlichen alten EU-Mitglieder mitsamt der Brüsseler Kommission leiden, so der französische Politologe Jacques Rupnik, an einem „Eigentümerkomplex“. Ihre Vorstellung einer liberalen Gesellschaft ist die einzig zulässige Form der Demokratie. Die Westeuropäer sollten sich jedoch hüten, die Eigenheiten und Entwicklungsstufen anderer Staaten zu missachten. Jeder osteuropäische Staat braucht seine Zeit, um sich in der Europäischen Gemeinschaft zurechtzufinden.

Der Philosoph Karl Popper hat die Europäer auf die unterschiedlichen Prägungen zwischen West- und Osteuropa hingewiesen. Die ehemaligen Nationen des Ostblocks hätten nicht dieselben demokratischen Traditionen wie die westlichen. Es werde 50 Jahre dauern, bis der Freigeist und der Liberalismus der westlichen Demokratien in Osteuropa übernommen und gelebt würden.

h.oeggl@chello.at

Hubert Oeggl war langjähriges Redaktionsmitglied der Tiroler Tageszeitung.

Frage des Tages (1108 Teilnehmer)

Regierung und Sozialpartner diskutieren, ob es am Arbeitsplatz eine 3-G-Regelung braucht. Was halten Sie davon?

53 % Sehr viel. Das lässt sich auch vom Arbeitgeber überprüfen, ob jemand getestet, genesen oder geimpft ist.

16 % Gar nichts. Bei 60 Prozent Impfquote und mindestens zehn Prozent Genesenen muss es einmal gut sein.

31 % Könnten wir Covid-19 endlich so betrachten wie andere Krankheiten auch?

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

Tiroler Tageszeitung

Karikatur „Metaller-Herbstlohnrunde“

Karikatur: Rachel Gold; Foto: APA/Hans Punz

Analyse

Löhne und Corona sind Elchtest für Sozialpartner

Von Alois Vahrner

Solidarität, Augenmaß, Kompromissbereitschaft und Handschlagqualität: Dafür feierte sich die österreichische Sozialpartnerschaft in der Vergangenheit auch selbst gern und häufig. Als „Erfolgsmodell“, das nach dem Krieg bis heute hinauf Österreichs Wohlstand mitgestaltet hat. Kritiker sahen hingegen vor allem in jüngerer Vergangenheit eine „Schattenregierung“, die in einer sich rasant verändernden Welt teilweise weniger zum Problemlöser, sondern selbst zum Teil des Stillstands-Problems geworden sei. Der frühere ÖVP-Finanzminister Hans-Jörg Schelling hatte gar gemeint: „Die Sozialpartnerschaft ist tot, sie weiß es nur noch nicht.“

Manchmal gab und gibt es aber auch positive Überraschungen. Etwa im Vorjahr, als man mitten in der zweiten Corona-Schockwelle statt der sonst überkommenen Streit-Rituale schon bei der ersten Metaller-Lohnrunde eine Lohnerhöhung genau auf Höhe der Inflationsrate präsentierte. Trotz schwerer Rezession und Umsatzeinbrüchen für die Betriebe sollten die Beschäftigten ihre Kaufkraft behalten. Das war ein echter Schulterschluss, ein ganz starkes Signal des Zusammenhalts.

Heuer scheint das alles wieder vergessen: öffentliche Muskelspiele und eine mit plus 4,5 Prozent sowie einer Liste weiterer Punkte so auf jeden Fall überzogene Lohnerhöhungs-Forderung. Ein heißer Herbst mit Arbeitskonflikten, obwohl Corona leider noch immer nicht abgehakt ist, das kann das Land jetzt als Allerletztes gebrauchen. Statt unnötiger Konflikte braucht es eine möglichst geräuschfreie Einigung auf das Machbare.

Stärker beweisen könnten, ja müssten sich die Sozialpartner längst auch an anderer Front: Erst jetzt geht eine Debatte über eine 3-G-Pflicht in den Betrieben los. Dabei müssten sowohl Wirtschaftsvertreter als auch Gewerkschafter wissen, dass letztlich nur eine möglichst hohe Impfquote die Rückkehr zu echter Normalität bringen kann. Gelingt das nicht, und da hätten die Sozialpartner Handlungsbedarf, bringt auch das ständige Lamento über Verschärfungen für ganze Branchen oder Arbeitslosigkeit nichts.

Lesen Sie dazu mehr auf *Seite 22*

vahrner@tt.com

Kopf des Tages

Forscher mit Leidenschaft und Wagemut

Univ.-Prof. Dr. Christoph Huber (Immunologe und BioNTech-Mitbegründer)

Erfolgreich in der Grundlagenforschung zu sein, ist für Christoph Huber schön und gut, aber längst nicht alles. Denn der Wissenschafter und Arzt weiß, dass die gewonnenen Erkenntnisse den Menschen zugutekommen sollten. Und das erfordert zu versuchen, die Forschungsergebnisse in Produkte bzw. Therapien zu transferieren. Ein sehr teures und damit äußerst riskantes Unterfangen – egal ob für kleine Start-ups oder Konzerne, weil nicht klar ist, ob es funktioniert. Doch Huber hat dieses Risiko nie gescheut und 2008 zusammen mit zwei seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Universität Mainz schließlich BioNTech gegründet – die beiden sind Ugur Sahin und Özlem Türeci. Der Durchbruch kam mit SARS-CoV-2. Wenige Wochen nachdem die Virussequenz offengelegt worden war, beschloss der BioNTech-Aufsichtsrat, dessen Mitglied Huber ist, das, wie er es nennt, „kühne Unterfangen als kleine Firma“, einen Impfstoff zu entwickeln. Das Risiko hat sich gelohnt.

Ausgezeichnet wurde Huber schon vor BioNTech mehrfach – für seine Leistungen als Wissenschafter und Forschungsmanager an Universitäten. So erhielt er 2015 das Ehrenzeichen des Landes Tirol. Doch seit der Zulassung des Covid-19-Impfstoffs Comirnaty regnet es Ehrungen. Nun darf sich Huber auch „Tiroler des Jahres 2021“ nennen. Verliehen wurde ihm das Prädikat gestern am Abend vom Land Tirol und dem Club Tirol in Wien. Der „21er-Tiroler“ ist zwar vor 77 Jahren in Wien zur Welt gekommen, zu Hause, das betont Huber immer wieder, fühle er sich aber in Tirol. Das hat außer mit seiner Studienzeit, die er in Innsbruck verbrachte, und seinem vielfältigen Wirken an der Uni über die Jahrzehnte durchaus auch mit seinen Wurzeln zu tun. Denn väterlicherseits entstammt er einer alten Tiroler Gelehrtenfamilie. Und wenn er nicht gerade Aufsichtsrats-Aufgaben für BioNTech in Mainz zu erfüllen oder Ehrungen in Wien entgegenzunehmen hat, lebt und wirkt der Emeritus in Tirol: Er ist stv. Aufsichtsratsvorsitzender der Tirol Kliniken. *(sta)*

Lesen Sie dazu mehr auf *Seite 7*